

Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

Berlin Aktuell

13/2011 – 23.09.2011



**Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,**

während ich diese Zeilen schreibe geht eine besondere Sitzungswoche im Deutschen Bundestag ihrem Ende entgegen. Zwar haben wir in den vergangenen Tagen überaus wichtige Debatten geführt, von welchen ich Ihnen im Folgenden wie gewohnt gerne berichten werde. Dennoch standen die letzten Tage natürlich im Zeichen des Deutschlandbesuches Seiner Heiligkeit Papst Benedikt XVI. Vor diesem Hintergrund werde ich in der aktuellen Ausgabe von „Berlin Aktuell“ neben dem gewohnten Einblick in die aktuelle politische Lage der Bundesrepublik und die Arbeit der Christdemokratischen Fraktion im Parlament insbesondere auf die Rede von Papst Benedikt im Plenum des Parlamentes eingehen.

Neben dem Besuch des Heiligen Vaters haben wir uns in dieser Woche vor allem mit der Verlängerung der Anti-Terror-Gesetze beschäftigt. Auch auf den Ausgang der Berliner Senatswahlen werde ich noch einmal näher eingehen.

Zuletzt lade ich Sie an dieser Stelle herzlich zu einem Besuch meiner Homepage www.peterwichtel.de ein, auf welcher ich Ihnen wie gewohnt weiterführende und vertiefende Informationen zu aktuellen politischen Debatten wie der Euro-Stabilisierung zur Verfügung stelle.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre und grüße Sie herzlich aus Berlin.

Ihr

www.peterwichtel.de



Der Papst in Deutschland - wir sagen: „Herzlich Willkommen!“

Es ist eine Auszeichnung für unser Land, dass Papst Benedikt XVI. am Donnerstag vor dem Deutschen Bundestag gesprochen hat. Seine Rede, insbesondere aber sein Aufenthalt im Allgemeinen, der noch bis Sonntag andauert, wird dem christlichen Leben in Deutschland neue Impulse verleihen.



In seinem mit Spannung erwarteten Beitrag hat der Heilige Vater vor den

(© dpa)

Abgeordneten des Parlamentes zur **Rückbesinnung auf christliche Werte** aufgerufen. Zudem hat er die **Verantwortung der Politiker für Frieden und Gerechtigkeit** betont - „Die Bibel will uns mit dieser Erzählung (1 Kön 3,9) sagen, worauf es für einen Politiker letztlich ankommen muss. Sein letzter Maßstab und der Grund für seine Arbeit als Politiker darf nicht der Erfolg und schon gar nicht materieller Gewinn sein. Die Politik muss Mühen um Gerechtigkeit sein und so die Grundvoraussetzung für Frieden schaffen. Natürlich wird ein Politiker den Erfolg suchen, ohne den er überhaupt nicht die Möglichkeit politischer Gestaltung hätte. Aber der Erfolg ist dem Maßstab der Gerechtigkeit, dem Willen zum Recht und dem Verstehen für das Recht untergeordnet.“

Oppositionspolitiker boykottieren Papstrede im Plenum

Vor dem Hintergrund des bedeutenden Besuches ist es **beschämend und traurig, dass zahlreiche Abgeordnete der Oppositionsfaktionen die Rede seiner Heiligkeit boykottiert haben.** Hierfür fehlt mir - insbesondere weil zuvor alle Fraktionen der Einladung des Papstes zugestimmt hatten – jegliches Verständnis.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es dagegen **eine ganz besondere Freude, dass Papst Benedikt XVI. in dieser Woche seine Heimat besucht und im Bundestag gesprochen hat.** Die Union begleitet das christliche Leben in Deutschland naturgemäß besonders intensiv. Wir verstehen uns nicht als politischer Arm der christlichen Kirchen, sind ihnen aber eng verbunden. Der geistige Fixpunkt unseres Handelns ist und bleibt auch in Zukunft das christliche Menschenbild. Seinen Werten, der Würde und Freiheit des Menschen, sind wir verpflichtet.

Verfolgen Sie den noch bis Sonntag andauernden Aufenthalt seiner Heiligkeit Papst Benedikt XVI. und zahlreiche diesbezügliche Informationen auf der eigens eingerichteten Webseite www.papst-in-deutschland.de.

Sichtbares Zeichen für verfolgte und bedrängte Christen

Mit einem stark besuchten **Kongress zur Religionsfreiheit und zur Situation verfolgter Christen** haben wir die „C“-Reihe am Montag dieser Woche fortgesetzt. Lange wurde dieses Thema in Deutschland vernachlässigt. **Es war die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die den Einsatz für Religionsfreiheit auf die politische Agenda gesetzt hat.** Die große Resonanz auf unseren aktuellen Kongress zeigt, dass es uns gelungen ist, das Schicksal der verfolgten Christen zu einem Thema in der Öffentlichkeit zu machen. **Vertreter beider großen Kirchen loben dieses Engagement.** Unsere Gäste haben über die Probleme in Indien, Nigeria und im Nahen Osten berichtet. Besonders eindrücklich war die Schilderung der Ordensschwester aus Damaskus, die über die verzweifelte Lage der Irakflüchtlinge in Syrien berichtete. Viele der irakischen Christen haben das Gefühl, in einer Sackgasse gefangen zu sein. Sie können nicht zurück in den Irak, weil es für sie dort keine Sicherheit gibt, und auch in Syrien, wo die Lage sich täglich zuspitzt, haben sie keine Zukunft. Auch Berichte aus Nigeria und Indien zeigen, wie unsicher die Lage für viele Christen dort ist, wo sie als Minderheiten leben. Es wurde aber auch deutlich, dass sich unser Einsatz lohnt und von den Bedrängten und Verfolgten vor Ort als Ermutigung verstanden wird. **Die CDU/CSU-Fraktion wird sich im Deutschen Bundestag weiter dafür einsetzen, dass der Einsatz für Religionsfreiheit ein wichtiger Teil der wertegeleiteten Außenpolitik bleibt.**

Rot-Rot in der Bundeshauptstadt ist abgewählt



(© dpa)

Bei den Berliner Landtagswahlen hat die **CDU am vergangenen Sonntag spürbar hinzugewonnen.** Der geschlossene Auftritt im Wahlkampf und die bürgernahe Oppositionsarbeit sind von den Wählerinnen und Wählern belohnt worden. **Das Ergebnis zeigt, dass die CDU auch in Großstädten zulegen kann. Rot-Rot ist abgewählt und die Grünen mit ihren hohen Ansprüchen gescheitert.** Die Union ist bereit, in Berlin Verantwortung zu übernehmen und hat klar gemacht, wo ihre Schwerpunkte liegen: Wirtschaft und Infrastruktur, gut bezahlte Arbeit, bessere Bildung und mehr Sicherheit. **Die Sozialdemokraten müssen nun entscheiden, ob sie Berlin in wichtigen Zukunftsfragen voranbringen oder sich mit den Grünen auf einen Koalitionspartner einlassen wollen, der - wie andernorts - wichtige Infrastrukturprojekte blockiert und Politik nur für einen Teil der Gesellschaft macht.**

Terroristische Strukturen zerstören

Deutschland steht auch zehn Jahre nach dem 11. September 2001 weiterhin im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus. Am 2. März 2011 wurde auf dem Frankfurter Flughafen der erste islamistische Anschlag auf deutschem Boden verübt. Mehrere Anschläge wie jene der „Kofferbomber“, der „Sauerlandgruppe“, der „Düsseldorfer Zelle“ sowie jüngste Anschlagplanungen



(© dpa)

in Berlin wurden verhindert. Die christlich-liberale Koalition setzt alles daran, die Menschen in unserem Lande vor Anschlägen zu schützen. Oberstes Ziel ist es, terroristische Strukturen zu erkennen und zu zerstören. Deshalb haben wir in dieser Woche drei wichtige Vorhaben beraten: Mit der Verlängerung der Anti-Terror-Gesetze geben wir unseren Sicherheitsbehörden die notwendigen Instrumente an die Hand, um Terrorpläne aufzudecken. Die Einrichtung der Visa-Warndatei hilft zu erkennen, ob jemand aus dem terroristischen Umfeld nach Deutschland einreisen möchte. Die weitere Optimierung der Geldwäscheprävention dient der Verhinderung der Terrorismusfinanzierung. Damit werden wir auch künftig in der Lage sein, Terroristen mit wirksamen Mitteln entgegenzutreten. Deutschland ist ein weltoffenes Land. Wer aber unserer Gesellschaft feindlich gesinnt ist, gegen den gehen wir mit aller Härte vor.

Aktuelles aus dem Plenum

In dieser Woche haben wir die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission in Südsudan (UNMISS)** beschlossen. Das neue Mandat ist bis zum 15. November 2012 befristet. Die Mission dient als stabilisierendes Element zur Wahrung der Sicherheit der Zivilbevölkerung im Südsudan. Die Obergrenze beträgt 50 Soldatinnen und Soldaten. Derzeit ist Deutschland mit elf Soldaten beteiligt. Weitere ausführliche Informationen zu den Auslandseinsätzen der deutschen Streitkräfte finden Sie auf der Internetseite „Bundeswehr im Einsatz“ unter www.einsatz.bundeswehr.de.



(© Bundeswehr)

In zweiter und dritter Lesung stand in dieser Woche zudem das **Gesetz zur Änderung des Abkommens vom 11. August 1971 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen** zur Verabschiedung an. Gegenstand des Abkommens ist nicht die in einem eigenen Sonderabkommen geregelte Behandlung von „Schwarzgeldern“, sondern es geht um eine Revision des bestehenden Doppelbesteuerungsabkommens, insbesondere die Anpassung an den aktuellen OECD-Standard. Ebenfalls in zweiter und dritter Lesung haben wir **Doppelbesteuerungsabkommen mit Irland und Zypern** beschlossen.

Der Antrag der Regierungsfractionen **Faire Teilhabechancen von Anfang an – Frühkindliche Betreuung und Bildung fördern** formuliert Maßnahmen zur weiteren Förderung frühkindlicher Bildung und Betreuung. Neben dem quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung werden weitere bildungspolitische Ziele thematisiert, darunter die Qualitätsverbesserung und -sicherung bei Infrastruktur und Personal der Kindertageseinrichtungen sowie der



(© dpa)

Tagespflegepersonen. Der Antrag enthält einen Katalog mit 20 Prüfaufträgen und Forderungen, von denen eine wichtige die Einberufung eines Strategiekreises unter Beteiligung der Kirchen, der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände und anderer Anbieter in freier Trägerschaft ist, um so zu einer Bildungspartnerschaft zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu kommen.

In erster Lesung haben wir das **Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung-GKV-Versorgungsstrukturgesetz** beraten, dessen Ziel eine spürbare Verbesserung der Situation vieler Patientinnen und Patienten im konkreten Versorgungsalltag ist. Mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen sollen bürokratische Hemmnisse abgebaut, der Zugang zu erforderlichen Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln sichergestellt und Behandlungsabläufe für Patientinnen und Patienten zwischen Krankenhäusern, Ärzten und anderen Einrichtungen zukünftig besser abgestimmt werden.



(© dapd)

Insbesondere wollen wir zukünftig dem **Ärztmangel in dünn besiedelten ländlichen Regionen begegnen**, indem wir finanzielle Anreize, eine Entlastung der Ärzte von bürokratischen Aufgaben und Versorgungskonzepten für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf von jüngeren Medizinerinnen schaffen.

Weiterhin haben nun auch die Krankenkassen mehr Möglichkeiten, Leistungen anzubieten, die über ihre Satzung hinausgehen. Beispiele hierfür sind nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel, Vorsorge- und Reha-Maßnahmen und die häusliche Krankenpflege.

Für Menschen, die nach einem Aufenthalt im Krankenhaus weitere Hilfen benötigen, werden zudem **Leistungen wie häusliche Krankenpflege oder Leistungen der Pflegeversicherung zukünftig Teil des unmittelbaren Anspruchs auf Krankenhausbehandlung**. Die Krankenkassen sind verpflichtet dafür zu sorgen, dass diese Leistungen erbracht werden.

Weitere und ausführliche Informationen zur Ausgestaltung des Versorgungsstrukturgesetzes erhalten Sie auf der Webseite des Bundesministeriums für Gesundheit unter www.bmg.bund.de.

Daten und Fakten

Internationale Wettbewerbsfähigkeit: Deutschland unter den besten Zehn. Im aktuellen Wettbewerbsfähigkeitsreport des Weltwirtschaftsforums belegt die Bundesrepublik Rang 6 von 142 untersuchten Ländern. Die deutsche Wirtschaft profitiert dabei vor allem von einer außergewöhnlich guten Infrastruktur. Die Bundesrepublik erreicht hier weltweit den zweiten Platz. In den Feldern „Entwicklungsgrad der Unternehmen“ und „Innovationen“ steht Deutschland auf Rang vier. Die Produktionsverfahren seiner Unternehmen entsprechen dem neuesten Stand und nicht einmal eine Handvoll Länder investiert mehr in Forschung und Entwicklung. Als Schwachstelle benennt das Weltwirtschaftsforum den Arbeitsmarkt, hier landet Deutschland lediglich auf Rang 64.

(Quelle: Institut für Wirtschaftsforschung Köln)

Deutlicher Rückgang der Zahl der Langzeitarbeitslosen. War bis 2005 eine steigende Sockelarbeitslosigkeit ein typisch deutsches Arbeitsmarktphänomen, so hat sich in den vergangenen fünf Jahren die Zahl der Langzeitarbeitslosen nahezu halbiert: von 1,7 Millionen auf 886.000 im Juni 2011. Damit waren im Juni 2011 ein Drittel der Arbeitslosen langzeitarbeitslos. Im langjährigen Vergleich ergibt sich ein Rückgang des Anteils struktureller Arbeitslosigkeit von 37 % im Jahr 2000 auf 32 % im Juni 2011.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Deutsche Hochschulen bei ausländischen Studenten beliebt. Der Anteil von Studierenden aus dem Ausland lag in Deutschland im Jahr 2009 mit 9% deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 6 %. Im Saarland (18 %), Berlin und Bremen (jeweils 13 %) gab es die höchsten Anteile an ausländischen Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben hatten. Dagegen fielen die entsprechenden Quoten für die neuen Länder relativ gering aus – Brandenburg erzielte mit 10 % Studierender aus dem Ausland noch den höchsten Wert, die niedrigsten Anteile hatten Thüringen (6 %) sowie Mecklenburg-Vorpommern (5 %). Besonders attraktiv waren deutsche Hochschulen für Studierende aus China. Sie belegten mit 12 % den Spitzenplatz in der Gruppe internationaler Studierender. Vor allem in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Sachsen waren chinesische Studierende stark vertreten. Die neben China größte Gruppe internationaler Studierender kam aus ost-europäischen Staaten, nämlich der Russischen Föderation, Polen und Bulgarien (jeweils 5 %).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Impressum

Peter Wichtel
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 – 77041
Fax: 030 / 227 – 76241
Mail: peter.wichtel@bundestag.de
Internet: www.peterwichtel.de

Redaktion

Christoph Schmid

Bildnachweis

Seite 2 – dpa
Seite 3 – dpa
Seite 4 – dpa
Seite 5 – Bundeswehr / dpa
Seite 6 – dapd